

Massnahmen verlangt

Nunningen. kre. Mit einer Interpellation forderte Christian Gasser an der Nunninger Gemeindeversammlung den Gemeinderat auf, dem Souverän über die Vorfälle an der Schule im Zusammenhang mit dem Abwart Auskunft zu geben. Aus weitere Versammlungsteilnehmer kritisierten die Informationspolitik des Gemeinderates. Bereits an der Versammlung der FdP-Ortspartei wurde Kritik geübt (die BaZ berichtete). Betroffene Eltern forderten den Gemeinderat auf, endlich drastischere Massnahmen zu ergreifen.

Bisher wurde veranlasst, dass die Lehrerschaft intensivere Pausenkontrollen durchführt. «Es gibt keine Veranlassung, eine härtere Massnahme zu treffen», sagte Gemeindevizepräsident Rainer Fringeli, zuständig für das Ressort «Personelles». Er bedauerte, dass es zu einem Fehlverhalten des Mitarbeiters gekommen sei und auch, dass Einwohner für die Informationspolitik kein Verständnis aufbringen können. Fringeli erklärte noch einmal, dass der Gemeinderat aus Daten- und Personenschutzgründen nicht alle Informationen preisgeben könne.

Die Angst geht um

Besorgte Eltern betonten, dass die Kinder weiterhin Angst hätten, in die Schule zu gehen. «Ich kann versichern, dass es keine negativen Vorfälle mehr geben wird. Aufgrund der durchgesetzten Massnahmen ist ein Schulbesuch gefahrlos möglich», betonte Fringeli. Die Eltern gaben sich damit nicht zufrieden. «Das sind keine neuen Vorfälle», sagte Bruno Walther. Der Abwart soll bereits vor Jahren durch ähnliche Verfehlungen aufgefallen sein. Deshalb will Walther nun so lange intervenieren, bis der Abwart von seinem Posten entho-ben werde.

Weniger zu reden gab an der Gemeindeversammlung das Budget. Der Voranschlag 2004 weist einen erfreulichen Ertragsüberschuss von rund 73 000 Franken auf. Das kantonale Finanzdepartement forderte Nunningen auf, einen Ertragsüberschuss von mindestens 45 000 Franken im Budget zu erwirtschaften, um den Bilanzfehlbetrag weiter abbauen zu können. Der Verlustvortrag müsse bis spätestens Ende 2005 vollständig eliminiert sein, erklärte Finanzverwalter Hansjörg Hänggi.

Rotstift angesetzt

«Der Rat hat auch in diesem Jahr wieder den Rotstift in die Finger nehmen müssen», hielt Hänggi fest. Der erste Entwurf des Budgets, der sämtliche Wünsche der Kommissionen enthalten hat, sah noch einen Aufwandüberschuss von rund 180 000 Franken vor. Es seien deshalb in allen Bereichen Kürzungen vorgenommen worden. Als weiteres Ziel setzte sich der Rat, die Gebühren und Steuern nicht zu erhöhen. Er konnte auch dieses Ziel erreichen. Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen bleibt unverändert auf 133 Prozent der Staatssteuer. Auch die Gebühren mussten nicht erhöht werden. Dank der in Aussicht gestellten Subventionen vom Hochwasserentlastungskanal von rund 600 000 Franken kann im Voranschlag der Investitionsrechnung eine Nettoinvestitionsabnahme von rund 83 000 Franken verbucht werden. Dadurch sollten im kommenden Jahr Schulden zurückbezahlt werden können. Die Spezialfinanzierungen «Abwasserentsorgung» und «Wasserversorgung» schliessen mit Überschüssen von je 27 000 Franken, die Spezialfinanzierung «Abfallbeseitigung» mit einem geringen Defizit ab. Das Budget wurde einstimmig genehmigt.